



II-14034 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

REPUBLIK ÖSTERREICH

Bundesminister für
Föderalismus und Verwaltungsreform
Jürgen WEISS

A-1014 Wien, Minoritenplatz 3
Tel. (0222) 531 15/2830
Fax (0222) 531 15/2857
DVR: 0000019

Zl. 353.270/13-I/6/94

16. Juni 1994

An den
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Heinz FISCHER

Parlament
1017 W i e n

6385 IAB

1994-06-17

zu 6494 IJ

Die Abgeordneten zum Nationalrat Mag. Dr. Petrovic, Freundinnen und Freunde haben am 21. April 1994 unter der Nr. 6494/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend Teilzeitarbeit beim Staat gerichtet. Diese aus Gründen der Übersichtlichkeit in Kopie beigeschlossene Anfrage beantworte ich wie folgt:

Mit Entschließung des Herrn Bundespräsidenten, BGBl.Nr. 571a/1991, wurde mir die sachliche Leitung verschiedener zum Wirkungsbereich des Bundeskanzleramtes gehörender Angelegenheiten übertragen. In Absatz 2 dieser Entschließung ist ausdrücklich festgehalten, daß Angelegenheiten der Personalverwaltung und der Organisation des Bundeskanzleramtes hievon ausgenommen sind.

Die gegenständliche Anfrage fällt somit nicht in meinen Vollzugsbereich, sondern in jenen des Herrn Bundeskanzlers. Ich bitte daher um Verständnis, daß ich diese Anfrage nicht inhaltlich beantworten kann.

BEILAGE

Nr. 6494/W

1994-04-21

ANFRAGE**der Abgeordneten Petrovic, Freundinnen und Freunde****an den Bundesminister für Föderalismus und Verwaltungsreform****betreffend Teilzeitarbeit beim Staat**

Wie einer Information der Sozialpolitischen Umschau vom März 1994 zu entnehmen ist, betrug in Deutschland der Anteil der Teilzeitarbeitsplätze beim Staat 1992 bereits 16,3 % gegenüber 10,4 % im Jahr 1970. Da in Deutschland (wie auch in Österreich) die Nachfrage nach Teilzeitarbeitsplätzen wesentlich größer ist als das Angebot, hat die dortige Bundesregierung beschlossen, mit gutem Beispiel voranzugehen und alle Stellen der Bundesbehörde künftig auch als Teilzeitplätze auszuschreiben.

Dies veranlaßt uns zu folgender

ANFRAGE:

1. Wie hoch ist der Anteil von Teilzeitarbeitsplätzen in Ihrem Ministerium derzeit?
2. Wie hat sich dieser Anteil in den letzten 10 bis 20 Jahren entwickelt?
3. Wie teilen sich die vorhandenen Teilzeitarbeitsplätze auf Frauen und Männer auf?
4. Welchen Gehaltsstufen sind die Teilzeitarbeitsplätze, getrennt nach Frauen und Männern, zuzuordnen?
5. Wie hoch ist der Anteil an ausgeschriebenen Stellen, die auch als Teilzeitarbeitsplätze ausgeschrieben werden?
6. Ist in Ihrem Ministerium daran gedacht, in Zukunft alle Stellen auch als Teilzeitarbeitsplätze auszuschreiben? Wenn nicht, welche nicht und mit welcher Begründung?
7. Wie groß ist der Anteil an Arbeitsplätzen in Ihrem Ministerium, auf welchen Teilzeitarbeit möglich wäre?
8. Welche Vorteile bzw. welche Nachteile würde eine vermehrte Besetzung mit Teilzeitarbeitsplätzen bringen?